Zweites Blatt

Nebraer Anzeiger

№ 33 | Sonnabend, den 24. April 1926. | 39. Jahrgang.

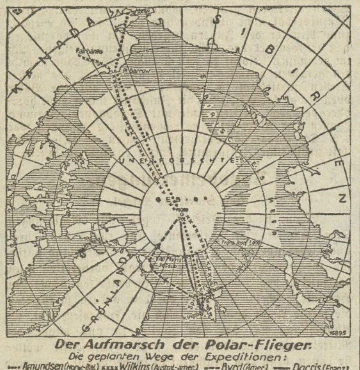
Jugendpflege.

Sirach 7, 25: Hast du Kinder, so ziehe sie.

Der zweite Sonntag nach Ostern ist kirchlich zum Jugendsonntag bestimmt. Das ist gut und macht nachdenklich. Worauf kommt es bei der Pflege der Jugend an? Zuerst auf die Pflege des Körpers. Das ist bei den Kleinsten ja auch das einzige. Aber es darf nicht das einzige bleiben. Wir alle kennen genug gesunde, körperlich gepflegte junge Leute, an denen niemand Freude hat, am wenigsten Vater und Mutter. Auch der Geist muß gepflegt werden. Die Jugend kann nicht genug lernen und ihre Gaben ausbilden. Aber auch das ist nicht das letzte. Wir alle kennen genug Menschen mit klugem Verstand, die viel gelernt haben und viel können' — und auf die man doch nur mit Zorn und Verachtung sieht, weil sie all ihre geistigen Fähigkeiten mißbrauchen, nicht zum Segen, sondern zum Unsegen für viele. Das Entscheidende bei aller Erziehung ist die Pflege des innersten Wesens zum Gutsein. Und damit wird es heute viel zu leicht genommen. Du, mein Leser, meine Leserin: hast du diese allerwichtigste Pflicht an deinen Kindern erfüllt? Rede das „ja!" nicht so leicht hin! Es könnte heute in unserer Jugend nicht so aussehen, wie es aussieht, wenn wir Alten darin unsere volle Pflicht getan hätten. Gemahnt haben wir genug? Gestraft? Geredet? Das ist keine Kunst. Haben wir ihnen vorgelebt mit unserem eigenen Vorbild, daß uns Gottes Gebot das Höchste ist? Auch zu uns wird es einmal gesagt werden: Dieses Jünglings Seele ford'r ich einst von dir!

Der Wettflug nach dem Nordpol.

Nachdem als erster „Nordlandfahrer" der griechische Seefahrer Pytheas von Massilia, dem heutigen Marseille, aus im Jahre 325 vor Christi Geburt seine fast mythische Fahrt nach Norden, nach dem sagenhaften Thule, in dem man die Shetlandsinseln oder das nördliche Norwegen wiedererkennen will, angetreten hat, ist der Forschertrieb bedeutender Persönlichkeiten sowohl in bezug auf die Arktis, das nördliche, wie auch auf die Antarktis, das südliche Polland, nicht versiegt. Schon die Schuljungen begeistern sich mit Recht an den Beschreibungen abenteuerlicher Nordpolfahrten, wie die von John Roß und Parry (1818), Nordenskjöld (1861—74), Payer (1871), Nansen (1883), Andrees Luftballonfahrt (1897), Amundsens Fahrten (1903—06) und endlich die Entdeckung des Nordpols selbst durch Peary am 6. April 1909. Der Südpol wurde bekanntlich durch die Norweger-Expedition, an deren Spitze Amundsen stand, am 16. Februar 1911 entdeckt. Nach dem ersten mißglückten Flugversuch Amundsens nach dem Nordpol im Vorjahre hat dieser zähe und unermüdliche Forscher nunmehr, wie ja aus Pressemeldungen genügend bekanntgeworden ist, neue Versuche vorbereitet. Sein in Italien erbautes Luftschiff „Norge", das unter allerlei, etwas sehr nach amerikanischer Reklame aussehenden Zeremonien, vom „großen Duce" Mussolini höchstpersönlich auf die Fahrt gebracht wurde, und tatsächlich durch Ueberfliegen Frankreichs und Englands und seinen „Ausflug" nach Leningrad gezeigt hat, daß es gute technische Qualitäten besitzt, wird in diesem Sommer zum großen Nordpolflug starten. Aus dem einstigen „Wettlauf" ist im Zeitalter der Flugtechnik so längst ein „Wettflug" nach dem Nordpol geworden. Zunächst wird der schon erwähnte erfolgreiche norwegische Kapitän Roald Amundsen, der Bezwinger des Südpols, mit seinem vom italienischen Obersten Nobile konstruierten. nur 1900 Kubikmeter



Der Aufmarsch der Polar-Flieger.
Die geplanten Wege der Expeditionen:
•••• Amundsen (Norw.-Ital.) xxxx Wilkins (Austral.-amer.) ––– Byrd (Amer.) —— Dacris (Franz.)

fassenden und mit zwei Maybachmotoren ausgerüsteten Luftschiff mit seinem Freunde Elsworth von Spitzbergen aus den abenteuerlichen Flug in die Arktis antreten, um von dort über den Pol nach Alaska zu gelangen. Aber auch die Amerikaner sind in diesem Jahre zahlreich auf dem Plan, um ihr Sternenbanner in den Eiswüsten des Poles aufzurichten. So haben nicht weniger als drei wissenschaftliche und publizistische amerikanische Gesellschaften, nämlich die Amerikanische Geographische Gesellschaft, die Detroit-Fluggesellschaft und die North-American-Newspaper-Alliance sich für die von dem australischen Forscher Kapitän George Hubert Wilkins vorbereitete Expedition eingesetzt. Dieser hat bereits für seinen baldigen Start sein Standquartier von Fairbanks nach Point Barrow verlegt und wird große, besonders konstruierte Raupenschlepper zum Transport ansetzen und die Flugstrecke mit Hilfe von mehreren Fokkerflugzeugen, von denen eines dreimotorig ist, zu überwinden suchen. Eine ebenfalls mit Fokkerflugzeugen ausgerüstete Expedition hat ferner der Lieutenant-Commander E. Bird mit den ihm von den amerikanischen Multimillionären Ford, Rockefeller, Ryan und Astor zur Verfügung gestellten Mitteln in die Wege geleitet. Obwohl sein Ausgangspunkt Kingsbay auf Spitzbergen ist, so wird seine Expedition drüben doch die sog. „hundertprozentige amerikanische" genannt. Außer den genannten Bewerbern um die „Polmeisterschaft" dieses Jahres sind noch zu erwähnen die französischen Offiziere Dacris und Debayser, die gleichfalls von Kingsbay aus mit Schiffen, Eistanks und Wasserflugzeugen in die Arktis, wenn nicht gar bis zum Pol selbst, vorstoßen wollen.

Kohlenkrieg?

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

In dem größten Kohlenproduktionslande Europas, in England, spielt sich ein erbitterter Kampf um die Reformen ab, durch die man die Kohlengruben wieder lebensfähig machen will. Am 30. April hören die Geldunterstützungen auf, welche die britische Regierung seit dem August des vergangenen Jahres zahlt. Ein Untersuchungsausschuß hat empfohlen, daß die Bergleute auf einen Teil ihres bisherigen Lohnes verzichten sollten; dann werde auch nach Aufhören der Staatszuschüsse ein Zusammenbruch der wirklich modernen Grubenanlagen vermieden werden. Die Vertreter der britischen Bergleute kämpfen mit allen Mitteln gegen die drohende Lohnverringerung an und haben sich deswegen auch an die zweite (Amsterdamer) Gewerkschafts-Internationale gewandt. Diese hat beschlossen, daß die Bergarbeiterschaft in den anderen europäischen Ländern den Kampf der britischen Berufskollegen nach Kräften unterstützen solle. Geschieht das, so könnte es eintreten, daß bei einem allgemeinen britischen Kohlenarbeiterstreik die Bergleute in Deutschland, Frankreich, Belgien, Polen usw. sich weigern, Kohlen zu fördern, mit denen diejenigen Länder beliefert werden, die bisher Abnehmer britischer Kohle waren. Das könnte aber auch zu einem schweren Konflikt zwischen den Bergwerksbesitzern und den Kohlenarbeitern in den anderen europäischen Ländern und vielleicht gar zu einem großen europäischen Kohlenkrieg führen.

Wie bei so vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Jahre, so ist auch bei den gegenwärtigen europäischen Kohlenwirren der eigentliche Grund in der verfehlten Politik zu suchen, welche die alliierten Mächte besonders gegen Deutschland geführt haben. Die britische Kohlenkrise stammt aus der Zeit des Ruhrkampfes. Durch den widerrechtlichen Einmarsch in das deutsche Ruhrkohlengebiet wurde dies wichtigste Steinkohlenrevier des festländischen Europa für viele Monate fast ganz als Produzent ausgeschaltet und weitere Monate in der Kohlenförderung auf einen sehr niedrigen Stand herabgedrückt. Erst im Laufe des Jahres 1925 wurde die Kohlenförderung der Vorkriegszeit annähernd wiedererreicht. Als die deutsche Kohlenkonkurrenz fast völlig ausgeschaltet war, hat man in den britischen Grubenbezirken die Produktion gewaltig gesteigert und auch wegen unzureichender Rentabilität bereits stillgelegte Zechen wieder in Betrieb genommen. So wurde die britische Kohlengewinnung auf einen Stand gehoben, der im Hinblick auf den normalen Kohlenbedarf der europäischen Länder als ungeheuerlich bezeichnet werden muß. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach der Räumung des Ruhrgebiets und dem Wiederingangkommen der dortigen Kohlenproduktion dem britischen Kohlenbergbau lebhafte Konkurrenz entstand. Nun möchten die britischen Zechenbesitzer ihr Vermögen und die

Vom Leben gehetzt

Roman von J. Schneider-Foerstl

Urheberrechtsschutz 1926 durch Verlag Oskar Meister, Werdau

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das verlernt sich noch," behauptete die Kutschersfrau.

„Ei wo! Wie sollt sich das verlernen! Ein Weib bleibt ein Weib! — Da hat jedes einen Sack voll Mitleid übergehängt, und wenn du ihm Hosen anziehst, die gehen nur bis an die Mitte. Das Herz steckt ein für alle mal in einem Weiberkittel. Wäre traurig, wenn's anders wär — sonst hätt' der Herrgott ja im vorhinein lauter Mannsvolk auf die Welt setzen können."

Die Alte widersprach nicht mehr. Er hatte wohl recht — wie immer.

Am 1. Dezember waren die Hypothekenzinsen fällig. Es fehlte mehr als die Hälfte.

Das neue Dach der Oekonomiegebäude hatte eine bedeutende Summe verschlungen. Zwei Kühe waren mitsamt ihren Kälbern verendet. Ein Pferd war in eine rostige Schraube getreten. Der Tierarzt war mehr als ein dutzendmal gekommen, und trotzdem lahmte es nun. Im Schweinestall lag die Mutter mitsamt ihren vierzehn Jungen tot vor dem Trog. Niemand wußte, woher es kam.

„Rotlauf", konstatierte der Tierarzt und kam wieder, um zu impfen, und verhängte die Sperre über den Hof.

Gertrauds Schritt hatte etwas Taumelndes bekommen. Die letzte Rate für Ettal war nicht bezahlt worden. Und Walter schrieb von Weihnacht und Wiedersehensfreude und vom Christfest zu Hause.

In hohen, schweren Schaftstiefeln trabte sie allein durch den verschneiten Winterwald und sortierte Christbäume aus, die allenfalls auf den Markt gebracht werden konnten.

Aber alles, was an Einnahmen in die Kasse floß, war nicht mehr als ein Tautropfen auf ein glühendes Eisen.

Ein Brief schlug Walters Weihnachtssehnen in Scherben und doch hatte sie ihr möglichstes getan, um ihm ein Heimkommen gewähren zu können; er solle die beigelegten fünfzig Mark entweder zur Heimreise benützen oder sie zu etwaigen Bedürfnissen verwenden. Dazu packte sie ein kleines Kistchen mit Eßwaren und legte Tannenzweige obenauf.

Der Junge ahnte nicht, wieviel schlaflose Nächte an dem Gelde hingen, bis die Schwester sich von einem Ringe, dem Andenken der toten Mutter, getrennt hatte, um ihm ein Christgeschenk geben zu können.

Als er schrieb, er würde in Ettal bleiben, atmete sie auf.

Am Neujahrsmorgen brachte ihr Guonski seine Wünsche dar und kündigte ihr zugleich seine Dienste auf.

Ihr farbloses Antlitz wurde noch um einen Schein blasser.

„Weshalb, Herr Verwalter," brachte sie mühsam hervor.

„Es ist mir anderweitig ein doppelt so hohes Gehalt geboten worden wie hier."

Er beobachtete sie lauernd.

Sie hatte sich nicht gerade zu ihrem Vorteil geändert, gestand er sich selbst. Das schwarze Kleid umhüllte hagere Formen, die noch im Sommer in mädchenhafter Rundung geblüht hatten, das Gesicht war früher jungfraulich weich gewesen, nun zogen sich herbe Linien von der feingeschwungenen Nase zum Munde. Das Traumhaft-Selige war aus dem Auge gewichen, kühl, forschend glitt der Blick über Menschen und Gegenstände.

Nur die Angst, wie damals am ersten Abend, als er ihr mit den Büchern gegenübersaß, stand auch heute wieder darinnen geschrieben.

„Ich kann Ihnen kein doppeltes Gehalt geben, Herr Guonski," sagte sie bedauernd.

Er nickte und legte einen Posten Rechnungen auf den Tisch vor sie hin.

„Wenn Sie sonst irgend etwas — —"

„Unter einer Bedingung würde ich allenfalls bleiben, gnädiges Fräulein."

„Ja?" sprach sie, wie von einer Last befreit.

„Werden Sie meine Frau!"

Mit einem hellen Laut wich sie vor ihm zurück.

Er folgte ihr Schritt für Schritt. Sie hatte hinter sich nichts mehr als die Mauer. Wenn die ihr Halt gebot —

Von einem Schwindel befallen, schloß sie die Augen.

Die harte, rauhe Stimme Guonskis klang dicht vor ihr auf:

„Nehmen Sie meinen Antrag an, Gertraud, und bleiben Sie hier als Herrin! Es soll Sie nicht gereuen, mein Weib geworden zu sein!"

Abwehrend streckte sie beide Hände gegen ihn aus.

Ihre Augen öffneten sich und sahen die Begierde, das ganz Gefühllose in den kalten, berechnenden Augen, sahen die brutale Schächergestalt in ihrer unverkappten Lüsternheit.

„Ich kann nicht, Herr Guonski!"

„Sie können nicht?" Er lachte verächtlich auf.

„Weshalb?"

„Sie wissen, ich bin verlobt!"

„Ach so! Das hat in diesem Fall nichts zu sagen. Es frägt sich nur, was Ihnen begehrenswerter erscheint: sich das Erbe Ihrer Väter zu erhalten oder den Mann, den Sie zu lieben glauben! Er wird sein Verlöbnis von selbst lösen, wenn er hört, um was es sich handelt!"

„Ich kann nicht, — auch wenn er sein Wort zurücknimmt!"

Die schwammige Gestalt streckt sich vor ihr.

„Ich bin Ihnen wohl nicht hübsch genug, was?"

Seine Hände greifen nach den ihren, aber ihr Blick läßt ihn einen Schritt zurücktreten.

„Können Sie auch dann nicht, wenn ich Ihnen sage, daß der ganze Besitz in meine Hände übergeht — das heißt, soviel wie bereits mein Eigen ist."

Er weidet sich an diesem tödlich erschrockenen dunklen Augenpaar, das ihn fassungslos erschrocken anstarrt.

„Das ganze Gut — in — Ihren Händen? Es ist nicht möglich, Herr Guonski!"

„Ich kann es Ihnen ja beweisen," spottete er. „Dreißigtausend Mark zu zwanzig Prozent liegen als Hypotheken von meinem Gelde darauf."

„Von Ihrem Gelde — —"

„Seit sechs Jahren," unterbricht er das Mädchen, „beziehe ich keinen Gehalt. Sechsmal vier macht vierundzwanzig, dazu die Zinsen — —"

„Warum haben Sie keinen Gehalt bezogen, Herr Guonski?"

„Weil es für mich nicht mehr gereicht hat," lachte er belustigt. „Eben deshalb, verstehen Sie?"

Sie verstand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-6121633421926042515/fragment/page=0001
DFG

britischen Bergleute ihre Arbeitsgelegenheit behalten. Das führte damals zu dem Regierungsbeschluß, dem Bergbau zur weiteren Inbetriebhaltung der Zechen und zur weiteren Beschäftigung der Arbeitskräfte Staatsgelder zu geben. Durch einen europäischen Kohlenarbeiterstreik, der nichts anderes bezweckt, als den britischen Bergleuten den Verzicht auf ein paar Prozent ihres Lohnes zu ersparen, wird die europäische Kohlenkrise nicht überwunden. Wenn die beteiligten Länder und Völker einen für alle Produzentenländer höchst verlustreichen Konkurrenzkampf vermeiden wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich über Erzeugung und Absatz ihrer Produktion zu verständigen.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 22. April.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	22. 4.	21. 4.		22. 4.	21. 4.
Weiz., märk.	297-300	—	Weizenkl. f. Brl.	11,2-11,5	11,2-11,5
pommersch.	—	—	Roggenkl. f. Brl.	12-12,2	12,0-12,2
Rogg., märk.	175-180	175-180	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktoriaerbsen	32-39	32-39
Braugerste	199-214	199-214	Kl. Speiseerbs.	26,0-29	27,5-30,0
Futtergerste	175-193	175-193	Futtererbsen	23-26	24-27
Hafer, märk.	193-203	193-203	Peluschken	22-25	22-25
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	22-24	22-24
westpreuß.	—	—	Wicken	29-32	29-32
Weizenmehl			Lupinen, blaue	11,7-12,7	11,7-12,7
p. 100 kg fr.			Lupinen, gelbe	14-14,5	14-14,5
Bln. br. inkl.			Seradella	38-42	38-42
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,4-14,8	14,5-15,0
Mrk. u. Not.	38,0-40,2	38,0-40,2	Leinkuchen	18,8-19,2	18,8-19,2
Roggenmehl			Trockenschnitzel	9,8-10,1	9,8-10,1
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,6-20,0	19,6-20,0
Berlin br.			Torfmull (30/70)	—	—
inkl. Sack	25,7-27,2	25,7-27,2	Kartoffelflocken	16,1-16,5	16,2-16,6

★ **Butternotierung.** 1. Qualität 163, 2. Qualität 145 abfallende Sorten 125 Mark. Tendenz: Ruhig.

★ **Eierpreise.** a) Inländische Eier: Große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 12, frische Inlandseier über 55 Gramm 10, frische Inlandseier unter 55 Gramm 8,50. b) Auslandseier: Extra große Eier 11,75—12,50, große Eier 10,75—11, normale Eier 8,50—9,50, kleine und Schmutzeier 7—7,50. Tendenz: Ruhig.

★ **Gründung eines deutsch-englischen Finanzierungstrusts.** Die Reichskreditgesellschaft A.-G. hat gemeinsam mit der Seehandlung, der Deutschen Bank, der Berliner Handelsgesellschaft und der Mitteldeutschen Creditbank in London zusammen mit einer englischen Gruppe einen Investmenttrust gegründet. Das Kapital des Trusts, dem auf englischer Seite erste Versicherungsgesellschaften angehören, beträgt eine Million Pfund. Er hat vor allem die Aufgabe, für kleinere Unternehmen, die ihre Bedürfnisse am Anleihemarkt nicht ohne weiteres zu befriedigen vermögen, langfristige Kredite bereitzustellen.

Vermischtes.

= **Unsichtbare Fingerabdrücke.** Man kann jetzt von irgendeiner Person einen Fingerabdruck erhalten, ohne daß sie etwas davon weiß oder bemerkt. Professor Kiesel in Karlsruhe hat hierfür ein eigenartiges Verfahren erfunden. Der Fingerabdruck läßt sich auf jedem gewöhnlichen Papier, das eine geringe Menge Holzschliff enthält, gewinnen. Der Mensch, dessen Fingerabdruck gewünscht wird, braucht nur zufällig mit den Fingerspitzen das Papier zu berühren und sein Fingerabdruck bleibt daran fixiert. Vorläufig ist der Abdruck unsichtbar und er kann erst mittels einer besonderen Behandlung sichtbar gemacht werden. Es lassen sich so Fingerabdrücke gewinnen, ohne daß die betreffenden Personen, die ahnungslos ihre Finger auf dem holzschliffgetränkten Papier spielen lassen, auch nur im entferntesten davon wissen. Daß diese neue Entdeckung auch zu schlimmen Mißbräuchen führen kann, scheint allerdings nicht ausgeschlossen zu sein.

= **Der französische Kammerpräsident legt Geld zu.** In Frankreich erhält der Präsident der Kammer eine Besoldung von 132 000 Frank. Der Frank steht bekanntlich schlecht, und wenn man durchaus „witzig" sein wollte, könnte man sagen, daß er überhaupt nicht steht, sondern fällt. Aber immerhin: mit 132 000 Frank, so sollte man meinen, läßt sich selbst bei sinkender Valuta leidlich leben. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn die französischen Blätter melden, daß der arme Kammerpräsident aus seiner Privattasche noch Geld zulegen müsse, um seinen Etat einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Der Kammerpräsident gibt jährlich zwei offizielle Diners, von denen jedes rund 60 000 Frank kostet. Den Rest der 132 000 Franken und noch ein bißchen darüber holt sich die Steuerbehörde. Wie soll also der Kammerpräsident, wenn er keine einträgliche Nebenbeschäftigung hat, standesgemäß leben? Denn schließlich kann er sich bei den zwei Diners, die er gibt, nicht für das ganze Jahr satt essen, und etwas anzuziehen muß er auch haben. Andererseits kann man nicht gut verlangen, daß er vielleicht Adressen schreibe oder im Winter Schnee schippe, um sich ein paar Frank hinzuzuverdienen. Das Problem ist schwierig, sagen die Blätter, und es bleibt nur der Trost, daß, laut amtlicher Feststellung, trotzdem noch kein Kammerpräsident verhungert ist . . .

= **Zensur mit Saxophonen.** Es geht von Artur Schnitzler, dem Wiener Theaterdichter, ein Stück mit dem Titel „Reigen", um das einst bei uns in Deutschland — viele erinnern sich wohl noch daran — in Zeitungsartikeln, Protestversammlungen und Prozessen heiß gekämpft wurde, weil es zu öffentlicher Aufführung ungeeignet schien. Jetzt scheint dieser „Reigen" im Ausland zu fressen. In Rom hat man ihn kürzlich verboten, und in Budapest, wo er nunmehr aufgeführt werden sollte, steht ihm dasselbe Schicksal bevor. Aber die Budapester Theaterschwärmer, zu denen in erster Linie die Theaterdirektoren gehören, wollen sich mit dem glatten Zensurverbot nicht abfinden und haben sich „in corpore" zum Minister des Innern begeben, um ihm darzulegen, daß er, wenn er das Stück zur Aufführung freigebe, nicht im geringsten besorgt zu sein brauche. Man habe nämlich ein geradezu geniales Mittel gefunden, um alle heiklen Stellen unwirksam zu machen: sobald auf der Bühne oben etwas losgehe, was die Zuschauer unten nicht hören oder verstehen dürften, solle mit Saxophonen, Grammophonen und Klavieren eine Höllenmusik angefangen werden. Die Budapester Theaterleute sollten sich dieses wahrhaft großartige Zensurmittel sofort patentieren lassen.

Randbemerkungen.

Von Martinus Michel.

„Schön ist der Friede" singen alle Regierungen, Staatsmänner und Parlamente, und rüsten dabei brav und bieder unermüdlich darauf los — Deutschland natürlich ausgenommen, das sich nur darauf vorbereiten kann, dermaleinst den Schauplatz der Begebenheiten abzugeben. Heutzutage scheint sich einer vor dem andern zu fürchten, die meiste Angst haben natürlich die Franzosen, jetzt, zur Abwechslung mal vor den Italienern und wegen des Mittelmeers. Zweiundsiebzig neue Kriegsschiffe wollen sie bauen, denn dem Mussolini ist in bezug auf Tunis und Tripolis nicht zu trauen. Und man mag über den Mann denken, wie man will, ein ganzer Kerl ist er doch, der freilich ein riesenmäßiges Schwein hat. So erst jetzt wieder mit dem Attentat, eine großartige Reklame, wobei es freilich eine lädierte Nase setzte, die ihm die verrückte Engländerin beibrachte. Nur gut, daß ihr Heimatschein feststeht, sonst hätte man sie sicher wieder uns an die Frackschöße gehängt. Frackschöße ist übrigens falsch, wer zu einer Jacke geboren ist, bringt es nie zu einem Frack, heißt es, und Deutschland scheint bei seiner Neugeburt als Republik wirklich nur zu einer Jacke bestimmt worden zu sein. Siehe Südtirol, Polen, Genf usw. Wir sollten uns in das Land des Idealen retten, das Volk Goethes, Schillers, Fichtes und Lessings. In das Ideale führt die Kunst, auch die dramatische, und die höchste Kunst bieten jetzt die Theater, es genügt, einige Titel von Theaterstücken zum Beweise anzuführen. Da ist u. a. „Berlin im Hemde", ferner „Ein nacktes Mädel gefunden" und wie sie alle sonst heißen, die Stücke, welche uns die Schaubühne — bekanntlich eine moralische Anstalt — vorführt. Daneben gibt es Hungerkünstler, die 40—50 Tage keinen warmen Löffelstiel in den Magen nehmen. Dauertänzer, Dauerredner, alles Leute, die sich Hunderte von Stunden abstrapazieren, ab und zu einmal ein winziger Totschlag oder harmloser Einbruch. Herz, was begehrst du noch? Etwa gar einen Kolonialbesitz? Anständige Behandlung der Auslandsdeutschen? Oder vielleicht Einhaltung der Verträge, wo sie für uns lauten? Do lu'r op.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Diese Reichsgesundheitswoche
Machte, meine ich, Epoche,
„Zur Gesundheit!" klingt sehr gut,
Auch wenn man nicht niesen tut.
Reinlichkeit preist man als Tugend
Und man informiert die Jugend:
„Nasen sind kein Futteral
Für die Finger — merkt euch's mal!"
Alles schwärmt jetzt für Hygiene:
Viele putzen ihre Zähne,
Mancher wäscht die Füße sich,
Mancher freilich lieber nich.
Gut dünkt mich als Lebensregel
Eine Art Gesundheitsspegel:
Wasch' den Pelz dir, mach dich naß,
Den Bazillen schadet das.
Tränke nicht mit Nikotinen
Deine neuen Tüllgardinen
Und bedenk': vom vielen Schnaps
Kriegst du einen Nervenklaps.
Sauber halte deine Hefte,
Sauber mache die Geschäfte,
Halte staubfrei deine Kluft,
Setz' dich an die frische Luft.
Soll die Politik gesunden,
Sei auch sie vom Schmutz entbunden,
Dann voll Stolz ruft sie: „Ich bin
Reichsgesundheitswöchnerin!"
Eines nur wenn ich noch wüßte:
Nämlich wie man's machen müßte
Bei akutem Bargedschwund —
Wie macht man sich da gesund?

Mutter Europa und der Suppenkaspar.

Tschischerin: Ich esse diese Suppe nicht, – nein, diese Suppe eß' ich nicht! –

Vom Leben gehetzt

Roman von J. Schneider-Foerstl

Urheberrechtsschutz 1926 durch Verlag Oskar Meister, Werdau

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Womit haben Sie Ihre Bedürfnisse bestritten?" rief sie hart.

Sie wußte selbst nicht, woher sie den Mut dazu nahm.

Er lachte meckernd auf: „Bedürfnisse! Als ob ich solche hätte! Ich brauche kein Geld für Weiber — ich trinke nicht! — ich spiele nicht — zwei Anzüge in den ganzen sechs Jahren — einmal eine Reise nach München in dieser ganzen langen Zeit — dabei habe ich mir das Gehalt gespart und es Ihrem Vater zur Verfügung stellen können!"

„Es wäre besser, Sie hätten es nicht getan," sagte sie leise.

„So . . . das sagen Sie als Tochter! Sehr nett von Ihnen — der junge Herr hat eine recht gefühlvolle Schwester!"

„Ich habe getan, was in meiner Kraft stand," rief sie gequält.

„Das ist eine Redensart!"

„Hab' ich es nicht getan?" stöhnte sie auf und hielt ihm die zerschundenen Hände entgegen.

„Das ist alles wieder zu reparieren," bemerkte er kurz. „Ein wenig Seife — ein bißchen Creme, etwas massieren und die Sache ist in Ordnung. Wenn Sie Herrin hier sind, können Sie sich das alles leisten! Meine Frau braucht einen Knecht, keine Magd und keinen Fortgehilfen mehr zu machen."

Sie taumelte.

In einer Regung von Mitleid schob er ihr einen Stuhl zu.

„Es würde doch alles vergeblich sein, Herr Guonski!"

„Was würde vergeblich sein? Wenn wir Eheleute sind, geht's spaßhaft leicht. Die Hypothekenzinsen fallen mehr als zur Hälfte weg, weil mein Geld dann auch das Ihre ist! — Arbeiten will ich wie ein Knecht! An dem Tag, an dem ich einmal nicht schaffen sollte wie ein solcher, will ich auch keinen Bissen zu essen beanspruchen. Sie brauchen keine Hand mehr zu rühren, Gertraud, nur so ein wenig im Hauswesen nach dem Rechten sehen. Ein bißchen Luxus sollen Sie auch haben und alle Jahre Ihre Reise und eine neue Toilette."

„Ich kann nicht, Herr Guonski!"

Wie ein gehetzter Vogel kauerte sie sich in ihren Stuhl. Wenn er jetzt die Hand wider sie hob, vermochte sie sich weder zu rühren noch um Hilfe zu rufen.

„Immer wieder das gleiche!" fuhr er auf, „ich kann nicht! Muß denn ein jeder Mann ein Adonis sein und eine schöne Fratze haben und girren wie ein Birkhahn? Ich dächte, das andere wäre auch etwas wert! — Das —" er sprach es nicht aus, was er dachte. „Und Sie haben es doch Ihrem Vater in die Hand gelobt, daß Sie das Gut Ihrer Familie erhalten wollen."

„Meinem Bruder!" stöhnte sie.

„Na, also! Wir beide werden uns später schon vertragen nebeneinander."

Sie machte eine matte Handbewegung.

„Ich habe gemeint, der junge Herr und ich," erklärte er mit einem leichten Spott im Unterton.

„Ich müßte mir das erst überlegen," sagte sie tonlos.

„Wie lange brauchen Sie dazu?"

„Acht Tage!"

Er mußte sich dicht zu ihr herabneigen, um es zu verstehen. Es war nur ein Hauch gewesen!

„Reichlich lange!" meinte er ärgerlich! „Es wäre eigentlich gar nicht nötig, es so weit hinauszuziehen!"

„Ich — — —"

Ihr Kopf glitt schwer herab, dann lehnte sich ihr schlanker Körper willenlos zur Seite.

Trotzdem Guonski von Gefühlen soviel wie nichts verspürte, empfand er eine weiche Regung, als er das bewußtlose Mädchen so hilflos vor sich sah. Mit einer Geistesgegenwart, die ihn nie verließ, öffnete er die Fenster, holte eine Hand voll Schnee herein und rieb ihr damit die Schläfen.

Sie erwachte langsam und sah ihn an, während eine tiefe Röte ihr eben noch fahles Gesicht überzog.

„Ich danke Ihnen, Herr Verwalter!"

„Ich komme also in acht Tagen wieder," sagte er höflich.

Sie nickte nur.

Als er gegangen war, fiel ihr Kopf ein zweites Mal zur Seite. Eine halbe Stunde nahm aufs neue die Bewußtlosigkeit sie erbarmend in ihre alles vergessenmachenden Arme.

Die acht Tage ginnen vorüber mit Nächten voll Tränen und Verzweiflung, mit Stunden, in denen sie sich kaum aufrechthielt vor Schwäche und Elend.

Am Samstag hatte der alte Martin sie am Waldrand im Schnee kniend gefunden und im Schlitten heimgeholt, zwei Tage später hatte man auf dem Gute nach ihr gesucht, weil das Pferd allein nach Hause gekommen war. Sie hatte nicht mehr die Kraft gehabt, sich im Sattel zu halten.

Guonski mußte alles, wußte auch warum und weshalb und wiegte sich in Sicherheit.

Es gab keine dritte Möglichkeit für sie. Entweder das Gut verlieren oder ihn zum Manne nehmen.

Sie würde und mußte das letzte wählen. Eine maßlose Wut erfüllte ihn, als sie ihm nach acht Tagen schrieb, sie habe sich das Opfer nicht abringen können, sie hätte dabei durchaus nicht an das Aeußere seines Menschen gedacht, aber sie habe die Einsicht und die Ueberzeugung bekommen, daß sie beide nicht zusammenpaßten.

Auch die Verlobung mit Dr. Sanders habe sie gelöst, ihn wenigstens gebeten, sie des gegebenen Wortes zu entbinden. Daraus möchte er ersehen, daß sie überhaupt sich nicht zu verheiraten gedenke. Sie wolle nur für ihren Bruder und dessen Lebensglück schaffen.

Mit einem haßvollen Lachen zerriß er die Zeilen, deren zittrig geschriebene Buchstaben auf den Seelenzustand schließen ließen, in welchem sich die Schreiberin befand.

So sollte sie es also haben, wie sie es wollte! Den letzten Heller, das letzte Schmuckstück würde er ihr aus den Händen reißen! Wie eine Bettlerdirne mußte sie abziehen, und wenn sie draußen im Schnee erfror und vor seiner Tür verhungerte, er brachte keinen Funken Mitleid mehr für sie auf.

Ha! sie würde schon klein werden, wenn erst das Gericht kam und überall die Siegel aufklebte, wenn die Händler am Versteigerungstag erschienen und um alles feilschten, was ihr lieb war, wenn sie ein Stück nach dem anderen fortschleppten und ihr kaum mehr so viel blieb, um abends noch ein Bett in einer kahlen Stube vorzufinden.

Und genau so, wie Guonski es sich mit teuflischer Freude ausmalte, so kam es sechs Wochen später!

Rote Siegeln klebten an den Möbeln; an den Kästen, Schränken, Truhen, an den Tischen, Stühlen und Bildern.

Schon am frühesten Morgen des Versteigerungstages kam das Publikum und füllte die Halle, das Treppenhaus und die anstoßenden Zimmer mit Schwatzen, Lärmen und Lachen.

Wollte man auch nichts kaufen, es gab doch etwas zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219260425-15/fragment/page=0002

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 33 — Sonnabend, den 24. April 1926. — 39. Jahrgang.

Aufwertung und Volksentscheid.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Die größere Öffentlichkeit ist kürzlich durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius etwas überrascht worden, der sich mit außerordentlich scharfen Worten gegen den Versuch wandte, durch Volksbegehren bzw. Volksentscheid eine Abänderung der im vergangenen Jahre beschlossenen Aufwertungsgesetze herbeizuführen. Gleich darauf wurde bekannt, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Best, der Führer der Aufwertungsverbände, die erste Voraussetzung eines solchen Volksbegehrens erfüllt habe durch Fertigstellung eines Gesetzentwurfes, der dem Begehren zugrunde gelegt werden sollte und der eine generell 50 %ige Aufwertung vorsieht. Nun kommt als neueste Überraschung eine Erklärung der Reichsregierung, wonach ein solches Volksbegehren gar nicht stattfindet sei, weil Gesetzentwürfe, „die die Folgen der Geldentwertung regeln", jenen Gesetzentwürfen gleichzuachten seien, die den Haushaltsplan und die Abgabenregelung zum Gegenstand haben. Verfassungsgemäß dürfen aber Volksentscheide über Haushaltsplan, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nicht durch ein Volksbegehren, sondern nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden. Um jeden Zweifel über die Ansicht der Regierung aus der Welt zu räumen, werde sie einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen, wonach ein Volksentscheid über Gesetzentwürfe betr. „Folgen der Geldentwertung" ebenso zu behandeln ist.

Gewiß hat die Regierung das Recht, vor den schweren Folgen nicht bloß einer neuen Ausführung der Aufwertungsfrage zu warnen aus wirtschaftlichen, kreditpolitischen und außenpolitischen Gründen. Es ist auch ihr Recht, besonders dringend zu warnen vor einer ihr außerdem noch unmöglich erscheinenden Höhe der beabsichtigten Aufwertung. Ob aber die juristischen Gründe, die sie in ihrer Veröffentlichung vorbringt, nicht sehr — zweischneidiger Natur sind, dürfte fraglich sein. Schließlich gibt es ja doch nur einen ganz geringen Kreis von Dingen, die gesetzlich behandelt werden können, ohne daß dadurch der Haushalt des Reiches, damit auch der Finanzausgleich usw. maßgebend beeinflußt wird. Sagen wir z. B. ein Volksentscheid über die Aufhebung der Dawes-Gesetze. Oder über die Fürstenabfindung, sei sie mit Entschädigung oder ohne solche. Im Erlaß der Regierung wird gerade diese letzte Frage — ausgeschlossen; es werden sich bei der Beratung des kommenden Gesetzentwurfs genügend Rechtskundige finden, die auf den unüberbrückbaren Widerspruch hinweisen werden.

Außerdem wird noch ein anderer bedenklicher Schritt getan: man kann zu den Aufwertungsgesetzen stehen wie man will, muß aber zugeben, daß sie vom Reichstag und von der Regierung beschlossen sind. Gegen diesen Reichstag und gegen diese Reichsregierung setzen nun die Aufwertungsgegner zu einer Aktion an, zu der sie sich verfassungsmäßig berechtigt glauben. Befreiten Reichstag und Regierung durch ein nachträgliches Gesetz diese Verfassungsmäßigkeit, verrieglen sie die Aktion, so sind sie Richter in eigener Sache. Damit soll über die Zweckmäßigkeit jener Aktion gar nichts gesagt sein. Aber es liegt eine Gefahr in einem derartigen Vorgehen der Regierung, wo vielleicht der Buchstabe des Gesetzes hart auf Lebensnotwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft prallt und dann meist — leidet. In Amerika erfolgt ja in solchen Fällen immer die Entscheidung des völlig unabhängigen Obersten Bundesgerichts, das sozusagen Kommentator der Verfassung und der Gesetze ist. Was wir leider nicht haben.

Auf alle Fälle wird aber jetzt, nachdem dreiviertel Jahre vergangen sind, die Aufwertungsfrage wieder aufgerollt, gleichgültig, ob durch ein Volksbegehren oder bei der Beratung des angekündigten Gesetzentwurfs. Wieder werden die Meinungen hart aufeinanderstoßen, werden — schon ist's bei der Ankündigung des Volksbegehrens geschehen — die alten parteipolitischen Ladenhüter aus der Rumpelkammer herausgeholt.

*

Die Erklärung der Regierung.

Der von der Regierung geplante Gesetzentwurf zur Verhinderung eines Volksbegehrens zur Aufwertungsfrage wird mit folgender amtlichen Veröffentlichung angekündigt:

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volksgesetzgebung insofern beschränkt, als über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann. Damit sind auch Gesetzentwürfe der bezeichneten Art dem Volksbegehren entzogen. Dies ist geschehen, weil derartige Gesetze nicht aus dem Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Wirtschaftsplan herausgenommen werden können. Die vor und während der Geldentwertung begründeten Rechtsverhältnisse sind im Aufwertungsgesetz und im Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen im Zusammenhang geordnet. Der Gesamtkomplex dieser Gesetze bedingt maßgebend den Haushalt des Reichs, den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wie überhaupt das gesamte öffentliche Finanzwesen. Er ist insbesondere auch die Grundlage unserer Währung. Solche Gesetze müssen, wenn nicht die ganze deutsche Wirtschaft auf das verhängnisvollste erschüttert werden soll, den Haushaltsplan und den Abgabengesetzen gleichgeachtet werden. Bei sinngemäßer Auslegung des Artikels 73 Abs. 4 der Reichsverfassung müssen daher Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln, hinsichtlich der Volksinitiative den gleichen Bestimmungen unterworfen sein wie Gesetzentwürfe, die den Haushaltsplan und die Abgabenregelung unmittelbar zum Gegenstande haben. Zur Vermeidung von Zweifeln hat die Reichsregierung beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den klargestellt wird, daß ein Volksentscheid über Gesetzentwürfe, die die Folgen der Geldentwertung regeln sollen, nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden kann.

Durch diese Regelung wird die Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern und damit das bereits schwebende Volksgesetzgebungsverfahren nicht berührt.

Wie aus Kreisen der Regierung erklärt wird, würde nach dem Bestschen Gesetzentwurf die Einstellung von 800 Millionen Mark in den Reichsetat allein für die Altbesitzer an Anleihen notwendig sein, während jetzt bereits 200 Millionen Mark dafür vorgesehen sind. Dazu käme noch die Entschädigung für die Anleihebesitzer, die ihre Anteile bereits veräußert haben.

Schwerer Abfindungskonflikt.

Der Reichskanzler greift ein.

Die Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstages, der sich mit der Einzelberatung des Kompromißentwurfes zur Abfindung der Fürstenhäuser beschäftigt, sind in eine kritische Situation getreten. Der Ausschuß beschäftigte sich mit dem § 2 des Kompromißentwurfes, der die Zuständigkeit des Reichsfondergerichts regelt. Dieser Paragraph bestimmt, daß das Gericht für diejenigen Gesamtauseinandersetzungen zuständig ist, die nicht bereits nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 durch Gesetz, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich erledigt sind. Die Sozialdemokraten hatten zu diesem Paragraphen einen Zusatzantrag eingebracht, in dem eine Rückwirkung in dem Sinne verlangt wurde, daß auch „Länder, die unter der Herrschaft des früheren für sie ungünstigen Rechtes" Vergleiche abgeschlossen haben, die Möglichkeit haben sollen, eine Revision im Sinne der neuen materiellen Vorschriften zu verlangen. Nach dem Kompromißentwurf war vorgesehen, daß bereits erledigte Abfindungsverfahren nur auf den Antrag beider Parteien wieder aufgenommen werden sollten. Die Sozialdemokraten verlangten aber, daß die von ihnen beantragte Rückwirkung auf Antrag eines Landes erfolgen könne. Die Sozialdemokraten bezeichneten die Annahme dieses Antrages als eine der Bedingungen ihrer Zustimmung zum Kompromiß. Dieser Antrag verfiel indessen der Ablehnung, so daß die Sozialdemokraten im Verein mit den Deutschvölkischen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen gegen den ganzen Paragraphen stimmten. Nach der Abstimmung wurde die Weiterberatung auf Antrag des Zentrums und der Demokraten sofort unterbrochen. In Ausschußkreisen vertrat man die Ansicht, daß die Annahme des Kompromißentwurfes im Reichstage nunmehr gefährdet zu sein scheint.

Reichskanzler Dr. Luther wurde sofort von den Vorgängen im Rechtsausschuß des Reichstages unterrichtet. Er hat darauf sogleich die Vertreter der Regierungsparteien in die Reichskanzlei geladen, um mit ihnen die durch die Ablehnung des von den Regierungsparteien vertretenen Paragraphen entstandene Lage zu besprechen. An dieser Aussprache nahmen auch Vertreter der preußischen Staatsregierung teil. In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die ganze Angelegenheit zu einer Regierungskrise bzw. zu einer Umgestaltung der bisherigen Regierungskoalition führen kann, da der Reichskanzler, um das Fürstenkompromiß im Reichstag durchzubringen, seine Regierung nach irgendeiner Seite hin vergrößern muß. Sollte ihm das nicht gelingen, was unter den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Umständen außerordentlich schwierig sein dürfte, so ist, so wird in parlamentarischen Kreisen weiter betont, unter Umständen sogar mit einer Reichstagsauflösung zu rechnen.

Die Abkürzung der Besatzungsfristen.

Ausweichende Antwort Chamberlains.

Im Englischen Unterhaus fragte der Abg. Ponsonby, ob dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die von dem verstorbenen Präsidenten Wilson, von Clemenceau und von dem damaligen Premierminister Englands am 16. Juni 1919 unterzeichnete Erklärung bekannt sei, wonach die alliierten und assoziierten Mächte für den Fall, daß Deutschland vor Ablauf von fünfzehn Jahren Beweise für seinen guten Willen und die ausreichende Gewähr für die Erfüllung seiner Verpflichtungen geben sollte, bereit sein würden, untereinander eine frühere Beendigung der Rheinlandbesetzung zu vereinbaren. Ponsonby fragte weiter, ob die Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß die Botschafterkonferenz gegenüber dem Völkerbundrat festgestellt habe, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt hat, nunmehr den alliierten Mächten die Abkürzung der Besatzungsfristen im Rheinland vorschlagen werde.

Chamberlain gab auf diese Frage eine juristisch verklausulierte, völlig ausweichende Antwort. Er sagte weiter: Die Erklärung von 1919 war eine Erklärung über die damals bestehenden Absichten der drei Regierungen. Es war keine Erklärung, auf die sich die deutsche Regierung zu berufen ein Recht hätte. Er fügte hinzu, daß er nicht zu weiteren Äußerungen zu diesem Thema gedrängt werden möchte, und daß seiner Ansicht nach kein ungünstigerer Augenblick für eine Diskussion dieser Frage gewählt werden könne.

Glückwünsche an Generaloberst v. Seeckt.

Besuch des Reichspräsidenten beim Jubilar.

Generaloberst v. Seeckt hat anläßlich seines sechzigsten Geburtstages zahlreiche Glückwünsche erhalten. Unter anderem gratulierten Reichskanzler Dr. Luther im Namen der Reichsregierung, Reichsinnenminister Dr. Külz, Reichswehrminister Dr. Geßler sowie die Geburtsstadt Schleswig. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Jubilar folgendes Handschreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Generaloberst!

Zu Ihrem heutigen 60. Geburtstage spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. In hoher Anerkennung und Dankbarkeit gedenke ich an diesem Tage der großen Dienste, die Sie im Krieg und Frieden dem Vaterlande geleistet haben. Mit zahlreichen Ruhmestaten unseres Heeres im Weltkriege ist Ihr Name unvergänglich verbunden; aber ebenso hoch wie diese stehen die Verdienste, die Sie sich in der Nachkriegszeit in stiller, entsagungsvoller, aber nie verzagender Arbeit durch den Wiederaufbau und die Herausbildung der neuen Reichswehr erworben haben. Hierfür Ihnen namens des Reichs von Herzen zu danken ist mir am heutigen Tage besonderes Bedürfnis.

Ich hoffe und wünsche, daß es Ihnen beschieden sein möge, zum Segen unseres Vaterlandes noch recht lange Ihres verantwortlichen Dienstes zu walten und unsere junge Wehrmacht weiter auszubauen und zu führen.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und kameradschaftlichen Grüßen bin ich

Ihr treu ergebener

gez. v. Hindenburg.

Der Reichspräsident stattete dem Generalobersten v. Seeckt auch einen persönlichen Glückwunschbesuch ab.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Vorbereitungen für den Ehrenhain.

Dem Reichsministerium des Innern gehen, wie offiziös mitgeteilt wird, für den in Aussicht genommenen Ehrenhain für die Gefallenen im Weltkriege außerordentlich zahlreiche und inhaltlich wertvolle Vorschläge zu, die in erfreulicher Weise das lebhafte Interesse zeigen, dem die Ausführung des Planes in weiten Volkskreisen begegnet. Bei der großen Fülle der Zuschriften ist die Beantwortung einer jeden nicht möglich. Selbstverständlich werden alle Vorschläge von den dazu berufenen Stellen sorgfam geprüft. Der zur Vorbereitung der Denkmalsfrage bestehende Ausschuß von Reichsratsmit-

nats wieder zu-
en Fortgang zu
liegenden Bericht
s seiner Besichti-

wird am 4. Mai
folgt dort 1 Uhr
ziellen Besuch im
n besichtigt.
ßen Rathaussaal
leichen Tage nach

ie Herzogin von
des Königs von
unden worden.
erin nach dem
n York. Sie soll
ihren. Da der
Wales, noch nicht
lendung des 32.
bin des Herzogs
bedeutsames Er-

3. Das National-
zeitig mit dem
Arbeit und dem
Kolonialtag in ganz Italien durch zahlreiche patriotische Veranstaltungen, Umzüge und Illuminationen gefeiert. Mit besonderem Gepränge wurden sie in Rom begangen, wo die Minister und Behörden der Einweihung einer Reihe von öffentlichen Arbeiten beiwohnten, so zum Beispiel der Arbeiten für die Wiederherstellung mehrerer Stadviertel. Mussolini, die Minister und hohe Staatswürdenträger nahmen auf dem Kapitol an der Feier des Kolonialtages teil. 60 000 römische Schulkinder marschierten an Mussolini vorüber, der überall Gegenstand begeisterter Kundgebungen war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219260425-15/fragment/page=0003